

Die Machtpolitik von Verdi beschädigt die dringend notwendige Stärkung der Kommunen

Missbrauch der Gewerkschaftsidee

Von Gerd Held

Verdi hat die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt. Während Industriegewerkschaften wie die IG Metall jetzt eine moderate Tarifpolitik praktizieren, glaubt die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, die Krise ignorieren zu können. „Sozial ist, was die Kaufkraft stärkt“, sagt der Verdi-Vorsitzende Bsirske. Aber die geforderten 5% würden allein in den Kommunen eine Mehrbelastung von 3,6 Mrd. Euro bedeuten. Viele Städte und Gemeinden stehen gegenwärtig in existenziellen Finanzsorgen, jedes zusätzliche Prozent Lohnerhöhung geht an die Substanz der kommunalen Infrastruktur.

Wenn eine Gewerkschaft für die eigenen Interessen Druck macht, ist das nicht schlimm. Das offene Eintreten für Partikularinteressen gehört zu unserer Freiheit. Etwas ganz anderes geschieht, wenn sich das Partikularinteresse einer Gruppe zum Gemeininteresse aller erklärt. Der Satz „Sozial ist, was die Kaufkraft stärkt“ behauptet: Die privaten Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und das Allgemeinwohl sind ein und dieselbe Sache. Verdi wäre mithin eine Generalvertretung des Guten im Lande. Und der Satz ist nur ein Beispiel von vielen. Insgesamt haben die Auftritte der Gewerkschaft in diesen Tagen eine schiefe Tonlage. Hier wird für die privaten Einkommensinteressen der Beschäftigten demonstriert und doch zugleich der Eindruck erweckt, damit würde für eine besonders wertvolle Arbeit und für eine besonders soziale Motivation der Beteiligten gestritten. Man hört von der „sozialen Arbeit“, die bei Müllabfuhr, Pflegeheimen oder Nahverkehr geleistet wird. Das beeindruckt zunächst. Aber will man wirklich behaupten, diese Arbeiten seien nützlicher oder moralisch wertvoller als die

Arbeit eines Automobilarbeiters, einer Verkäuferin, eines Kellners oder einer Rechtsanwältin? Bei allem Respekt, Kollegen, das ist Unsinn. Sogar ein recht respektloser Unsinn, der Zwietracht in die Gesellschaft säht, auch Zwietracht in die Gewerkschaftsbewegung.

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich das „soziale“ Argument als Machtargument. Verdi droht mit Streik und dieser Streik wäre in der Tat schmerzhaft. Das liegt allerdings nicht an der besonderen Qualität der Arbeit, sondern in einer Monopolstellung: Von öffentlichen Einrichtungen sind viele Menschen abhängig, man kann eine ganze Stadt quälen. Denn ein Arbeitsplatz in Schule, Müllabfuhr oder S-Bahn hat immer zwei Seiten. Er umfasst sowohl die konkreten Arbeitstätigkeiten als auch das staatlich gesicherte Versorgungsprivileg in einem Gebiet. Die Verdi-Macht beruht auf der zweiten Seite. Sie verleiht kleinen Gruppen eine Schlüsselstellung, mit der sie für sich Privatvorteile durchsetzen können – auch wenn die Qualifikation oder Anstrengung der Tätigkeiten sich überhaupt nicht von anderen Berufen unterscheidet.

Ein eiskalter Hauch von Machtprobe weht durch das winterliche Deutschland. Der rücksichtslose Kurs von Verdi zeigt, wie eine Gewerkschaft sich von einer Monopolstellung verführen lässt und blind für die Lage der Anderen wird. Dieser Kurs ist auch im gewerkschaftlichen Maßstab sehr kurzsichtig. Glaubt Verdi im Ernst, dass die Bürger in den Städten und Gemeinden auf Dauer so erpressbar sein wollen? Noch zögern die Bürger, sie schätzen den öffentlichen Frieden. Doch ist der Punkt absehbar, wo die Stimmung umschlägt und dann auf Jahre die Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes beschädigt wird. Verdi sägt

an dem Ast, auf dem sie sitzt. Denn ihr soziales Kapital beruht auf der Kalkulierbarkeit und Bezahlbarkeit öffentlicher Dienstleistungen. Wenn sich hier der Eindruck verfestigt, dieser Bereich sei der Schutzraum für Sonderinteressen, werden die öffentlichen Einrichtungen selber Schaden nehmen. So wird auch die Fähigkeit der Gewerkschaften insgesamt geschwächt, für die Interessen aller Arbeitnehmer einzutreten. Verhältnisse wie in Italien, Frankreich oder Griechenland, wo die „Gewerkschaften beim Staat“ die Vormacht gegenüber den Industriegewerk-

schaften errungen haben, bringen mehr Nachteile als Vorteile.

In Deutschland ist in diesen Tagen viel von der Not der Städte und Gemeinden die Rede. Es wächst das Bewusstsein, das etwas für die nachhaltige Stärkung der Kommunen getan werden muss. Will die Gewerkschaft da wirklich mit einem großen Streik zeigen, dass sie die Hand an der Kasse hat? Damit zerstört man jeden Reformansatz und beschädigt auch die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie in dieser Sache.

(Manuskript vom 12.2.2010, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 13.2.2010 unter der Überschrift „Arroganz einer Gewerkschaft“)